

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

3.9.2007

0074/2007

## SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Cristian Dumitrescu, Daciana Octavia Sârbu, Alexandru Athanasiu, Dan Mihalache und Radu Podgorean

zur Erhaltung des auf öffentlichem Grund und Boden gelegenen und durch ein Wohnungsbauprojekt gefährdeten historischen Parks „Bordei“ in Bukarest

Fristablauf: 3.12.2007

0074/2007

**Schriftliche Erklärung zur Erhaltung des auf öffentlichem Grund und Boden gelegenen und durch ein Wohnungsbauprojekt gefährdeten historischen Parks „Bordei“ in Bukarest**

*Das Europäische Parlament,*

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass der BORDEI-Park vom Verschwinden bedroht ist und als einer der ältesten Parks von Bukarest die für die Bewohner notwendige Funktion einer grünen Lunge besitzt,
- B. in der Erwägung, dass die geplante Zerstörung einzig dem Ziel dient, Platz für ein privates Luxus-Wohnviertel zu schaffen, wodurch dieser öffentliche Raum einigen wenigen Privilegierten überlassen wird,
- C. in der Erwägung, dass sich die politischen Verantwortlichen Europas der Bedeutung des Umweltschutzes zur Sicherung der Zukunft unseres Planeten bewusst sind, und stellt fest, dass die Stadtverwaltung Bukarest wieder ein Mal diesem europäischen Willen zuwiderhandelt,
- D. in der Erwägung, dass dieses Gebiet bereits den Übergriffen der großenwahnsinnigen Politik Ceausescus ausgesetzt gewesen ist, und dass heute erhalten werden muss, was von diesem europäischen Erbe übrig geblieben ist,
  1. verurteilt aufs Schärfste dieses Wohnbauprojekt, das einen Park von nationaler Bedeutung und dessen Ökosystem gefährdet;
  2. ersucht den Rat und die Kommission, die rumänische Regierung und die Stadtverwaltung von Bukarest zu ersuchen, die Umweltschutzvorschriften zu achten, und falls notwendig die entsprechenden rechtlichen Verfahren einzuleiten;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat und der Kommission sowie der rumänischen Regierung zu übermitteln.